

21.05.2012

Anfrage an den Kreisausschuss am 18.Juni 2012

Die Bezirksregierung Arnsberg als zuständige Genehmigungsbehörde hatte mit Schreiben vom 05.01.2012 den Kreis Paderborn um Stellungnahme bezüglich des Antrags der BNK Deutschland GmbH auf Erteilung einer Erlaubnis zur Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen gebeten.

Wie bei dem Antrag der BNK Deutschland GmbH handelt es sich auch bei dem Antrag der Firma Wintershall um die Sicherung von Flächen, um zu einem späteren Zeitpunkt unkonventionelle Erdgasförderungen durchführen zu können. Aus diesem Grund bittet die Fraktion DIE LINKE, die Verwaltung um Beantwortung nachfolgender Fragen:

1. Wurde auch der Kreis Mettmann von der Bezirksregierung Arnsberg um eine Stellungnahme bezüglich des Vorhabens der Firma Wintershall gebeten?
2. Wenn ja,
 - a) zu welchem Zeitpunkt lag der Verwaltung das Schreiben der BZR vor?
 - b) wurde eine Stellungnahme für den Kreis Mettmann sowie der, vom Vorhaben betroffenen, Städte abgegeben?

gez. Ilona Küchler
Fraktionsvorsitzende

21.05.2012

Antrag an den Kreisausschuss am 18.06.2012

Beteiligung von Interessenvertretern

Die Kreistagsfraktion DIE LINKE begrüßt das Vorhaben der Verwaltung eine Informationsveranstaltung zum Thema Fracking im Kreis Mettmann durchzuführen.

Wie in der Sitzung des Ausschusses für Umweltschutz, Landschaftspflege und Naherholung vom 14.05.2012 mitgeteilt wurde, sollen sowohl Vertreter der Firma Wintershall wie der Bezirksregierung Arnsberg als zuständige Genehmigungsbehörde teilnehmen.

Die Fraktion DIE LINKE beantragt, zudem Vertreter der betroffenen Städte des Kreises, der örtlichen Wasserversorgungsunternehmen sowie Interessenvertreter seitens des BUND und von Bürgerinitiativen/Vereinen, die sich mit der Thematik befassen, einzuladen und diese ebenfalls zu Wort kommen zu lassen.

Begründung:

Bei der Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten mittels des sogenannten Fracking-Verfahrens gibt es eine Reihe ungelöster Fragen sowie unkalkulierbare Risiken für das Trinkwasser.

Resolutionen kreisangehöriger Städte und die Gründung von Bürgerinitiativen im Kreis verdeutlichen nicht nur das hohe Interesse seitens engagierter Bürgerinnen und Bürger, sondern auch deren berechtigte Sorgen. Um Transparenz herzustellen und eine zeitnahe Einbindung unterschiedlicher Interessenvertreter zu ermöglichen, halten wir es für sinnvoll diese einzubeziehen und ihnen die Möglichkeit zu geben, offene Fragen zu klären sowie ihre Bedenken vorzutragen.

gez. Iona Kuchler
Fraktionsvorsitzende